



Egal, wie man zum Flughafen steht: Fakt ist, dass die Südtiroler Bevölkerung mit dem Referendum 2016 „nur“ über einen Gesetzesentwurf zu seiner weiteren öffentlichen Finanzierung abgestimmt und diese klar abgelehnt hat. Ganz sachlich betrachtet, hält sich die Südtiroler Landesregierung an das Abstimmungsergebnis. Dass nun Oppositionsparteien und Flughafengegner das aus parteipolitischen Kalkül anders interpretieren, ist zwar verständlich, aber irreführend und führt zu noch mehr Politikverdrossenheit und Polarisierung. Vergessen wird, dass alle dank dem öffentlichen Diskurs vor und nach dem Referendum viel über das Sachthema Flughafen und insbesondere über direkte Demokratie gelernt haben: Politiker und Medien sollten die Bevölkerung transparenter über die Konsequenzen ihres Wahlverhaltens informieren, und die Wähler sollten genauer überlegen, worüber sie wirklich abstimmen.

Südtirol braucht eine Reform, die die Schweiz vor über 100 Jahren durchlaufen hat

Das Flughafen-Referendum zeigt aber auch die Grenzen des politischen Systems Südtirols auf. Direkte Demokratie ist für ein gut funktionierendes politisches Uhrwerk unabdingbar, ist aber nur ein Rad von vielen. In Südtirol wurde sie in ein politisches System verpflanzt, welches darauf noch nicht abgestimmt ist. Deshalb wird sie nicht als fruchtbare Ergänzung und Korrektiv der repräsentativen Demokratie gelebt, sondern von Interessengruppen, Regierung und Opposition instrumentalisiert. Denn Südtirol hat keine breit abgestützte Regierung wie die Schweiz, wo in allen Regierungen alle wichtigen Parteien vertreten sind und Verantwortung übernehmen, wodurch Entscheidungen oft länger dauern, dafür aber besser und nachhaltiger sind. Vielmehr herrscht in Südtirol eine kleine Mehrheit alleine, und die oppositionellen Kräfte sind genauso macht- wie verantwortungslos. Dies führt zu einem Gegenüberstand statt Miteinander, das allen schadet.

In Südtirol wurde die direkte Demokratie in ein politisches System verpflanzt, welches darauf noch nicht abgestimmt ist.

Was also tun? Zum einen muss die direkte Demokratie weiterentwickelt werden. Zum anderen sollten zwei andere wichtige Räder des politischen Uhrwerks, das Regierungssystem und das Wahlsystem, zukunftsweisend angepasst werden. Eine kluge Reform wäre schnell und ohne Änderung des Autonomiestatus möglich. Sie brähte gesunden Wettbewerb und einen positiven, inhaltsbasierten und machtfreien Dialog. Sie würde die Politik schöner, vielfältiger

SWZ GASTKOMMENTAR

Startbahn für Politzukunft

POLITIK – Das Flughafen-Theater zeigt, wie die direkte Demokratie in Südtirol instrumentalisiert wird. Dabei **könnte Südtirol zweierlei daraus lernen**, wenn es nur wollte. Erstens: Die direkte Demokratie muss weiterentwickelt werden. Zweitens: Das Regierungs- und Wahlsystem ist anzupassen.

und bürgernäher machen, wodurch die besten Köpfe samt ihren Ideen wieder leichter für die Politik gewonnen werden könnten. Die Schweiz hat einen ähnlichen Reformprozess vor über 100 Jahren durchlaufen. Südtirol kann das auch. Hoffentlich schneller und noch besser.

Die fruchtbare Rolle der direkten Demokratie

Die einen meinen, kluge Sachentscheide überforderten die Bürger. Andere halten die Politiker für überfordert und preisen die Weisheit des Volkes. Leider haben beide recht: Die politischen Probleme sind so komplex, dass alle – Bürger und Politiker – permanent überfordert sind.

Die repräsentative Demokratie versagt deshalb aus vier Gründen. Erstens wissen oft weder Politiker noch Bürger, wie ein Problem zu lösen wäre. Zweitens wissen die Politiker oft nicht, was die Bürger wirklich wollen, und die Bürger wissen nicht, wofür die Politiker wirklich einstehen. Drittens sind Wahlversprechen nicht bindend. Entsprechend machen Politiker oft absurde Wahlversprechen, brechen auch vernünftige Versprechen und weichen weit von den Wählerpräferenzen ab. Viertens gibt es in der Politik keinen Patentschutz für Ideen. Da gute Ideen deshalb oft gestohlen werden,

lohnt es sich für Politiker kaum, solche in harter Arbeit zu entwickeln.

Direkte Demokratie löst diese Probleme wenigstens teilweise. Sie ist ein höchst effektiver Generator politischer Information – weit effektiver als Meinungsumfragen und Wahlkämpfe. Im intensiven öffentlichen Diskurs vor den Abstimmungen lernen Bürger und Politiker viel über Probleme und mögliche Lösungen, die Bürger lernen viel über die wahren Positionen der Politiker, und die Politiker lernen viel über die wahren Wünsche der Bürger. Abstimmungsvorlagen sind auch weit glaubwürdiger als Wahlversprechen. Deshalb ist der gesellschaftliche Diskurs vor Ab-

stimmungen inhaltlicher und sachlicher als vor Wahlen. Und bei Volksabstimmungen ist klar, wer die Urheber der Ideen sind. Das stärkt die Anreize der Politiker, gute Lösungen zu erarbeiten. Direkte Demokratie bringt deshalb nicht nur selbst kluge Entscheidungen, sondern sie fördert auch die Funktionsfähigkeit der repräsentativen Demokratie.

Sogar die Überforderung der Bürger durch Sachentscheide spricht für direkte Demokratie. Denn die richtigen Politiker zu wählen, ist noch viel schwieriger, als richtig abzustimmen. Bei Wahlen müssten die Bürger voraussehen, welche Probleme in der nächsten Wahlperiode anstehen, was die richtigen Lösungen wären und was die Kandidaten tun würden. Natürlich wissen die Bürger all das nicht.

Politik ist deshalb analog zur Arztwahl: Die Bürger (Patienten) wissen zwar nicht genau, was ihre politischen Probleme (Krankheiten) sind und wie sie zu lösen wären. Trotzdem müssen sie einen Politiker (Arzt) auswählen. So gesehen ist direkte Demokratie wie freie Arztwahl. Jeder Bürger kann bei jeder Vorlage neu entscheiden, auf welchen Politiker er hören will. Repräsentative Demokratie hingegen ist wie fünfjähriger Arztzwang, bei dem die Patienten in Unkenntnis ihrer zukünftigen Leiden festlegen müssen, welcher Arzt sie in den nächsten fünf Jahren behandeln soll. Offensichtlich wäre das völliger Unsinn.

Politikversagen und Heilung

Menschen reagieren systematisch auf Anreize. Das klingt harmlos und weiß jeder. Aber für die Politik hat es dramatische Auswirkungen. Die Anreize der Bürger, sich vernünftig zu verhalten, sind in der Politik viel kleiner als in der Wirtschaft. Denn ein einzelner Wähler hat kaum Einfluss auf die Wahl- und Abstimmungsergebnisse und deshalb weder Anreize, sich gut zu informieren, noch für das zu stimmen, was er wirklich als Lösung will. Vielmehr kann er an der Urne gratis protestieren, moralisieren und seine Gefühle ausleben. Daraus resultieren Ergebnisse, die keiner ernsthaft will.

Entscheidend ist deshalb, die

Wähler dazu zu bringen, dass sie an der Urne nicht einfach wild drauflos protestieren und moralisieren, sondern ernsthaft überlegen, wen oder was sie wirklich als Lösung wollen und dann auch dafür wählen. Anderenfalls werden Spintisierer gewählt, und auch vernünftige Politiker verhalten sich wie Spintisierer, um ihre Wahlchancen zu erhöhen. Wie also macht man den politischen Diskurs ernsthafter? Zum einen sollte die direkte Demokratie weiter gestärkt werden. Zum anderen müssen das Wahl- und das Regierungssystem reformiert werden.

Direkte Demokratie ist wie freie Arztwahl. Repräsentative Demokratie hingegen ist wie fünfjähriger Arztzwang.

Die Anreize der Politiker hängen stark von der Anzahl der Sitze pro Wahlkreis und vom Wahlverfahren ab. Je größer die Sitzzahl pro Wahlkreis, desto weniger kennen die Wähler ihre Politiker, und desto mehr zählt statt ihrer Leistungen und Kompetenz ihre Position auf der Parteiliste. Das stärkt die Macht der Parteileitung und gibt den Politikern Anreize, partei- statt bürgertreu zu handeln. Das Verhältniswahlrecht stärkt dies zusätzlich, insbesondere in großen Wahlkreisen. Denn um gewählt zu werden, muss ein Kandidat nicht der großen Mehrheit dienen, sondern einer kleinen Minderheit der Wähler besonders viel bringen. Das gelingt den Kandidaten weniger durch kluge Problemlösung als durch ideologisches Spintisieren.

Ein Reformansatz wäre, die Regierungsmitglieder so wie in den meisten Schweizer Kantonen direkt vom Volk im Mehrheitswahlverfahren wählen zu lassen. In Südtirol ist dies, mit Ausnahme der Direktwahl des Landeshauptmannes, leider nicht möglich.

Eine im Rahmen des Autonomiestatus umsetzbare Lösung ist hingegen die Schaffung mehrerer Bezirkswahlkreise, ähnlich wie bei den Parlamentswahlen. In den Bezirken

kennen die Bürger ihre Politiker und umgekehrt. Zudem sollte sogenanntes Panaschieren zugelassen werden, also dass die Wähler ihre Stimmen auf die Kandidaten verschiedener Parteien verteilen können. Politiker müssten vermehrt bürger- statt partei- und verbandstreu handeln. Bürgernähe und Kompetenz würden prämiert. Die Politik würde attraktiver für die besten Köpfe, die Politikverdrossenheit zurückgedrängt und in Landtag und Regierung die gesellschaftliche und sprachliche Vielfalt Südtirols besser widerspiegelt. Um Südtirol als Ganzes zu stärken, könnte

ein zusätzlicher „Landeswahlkreis“ mit z.B. acht Sitzen eingeführt werden. In diesem könnten alle Bürger wählen und südtirolweit bekannte und geschätzte Persönlichkeiten

kandidieren. Sie wären die potenziellen Kandidaten für ein Regierungsamt. So käme Südtirol indirekt und ohne Änderung des Autonomiestatus zu einer volksgewählten Vielparteienregierung. Wen die Details zu diesen Reformvorschlägen interessieren, dem sei das GFS-White-Paper „Südtirol und sein politisches System – Vorschläge für eine zukunftsweisende Evolution“ (www.globalforum-suedtirol.com) und der SWZ-Artikel „Wir haben die Wahl“, Nr. 32/18 (nachzulesen auf SWZonline und über die SWZapp) empfohlen.

Christian Girardi, Reiner Eichenberger

DIE AUTOREN Christian Girardi ist Gründer und Organisator der Denkfabrik Global Forum Südtirol. Reiner Eichenberger ist Ökonom und Professor an der Universität Freiburg, Schweiz.

